

Die Zeit arbeitet gegen Dietmar Glaner, aber er würde nie aufhören, zu kämpfen

Der pensionierte Oberstabsfeldwebel a.D. hat in den 1960er Jahren an der Radarnase des „Starfighter“ gearbeitet. Die Arbeit am Waffensystem hat Dietmar Glaner einen Unterarm gekostet. Heute arbeitet er als Vorsitzender des Bundes zur Unterstützung Radarstrahlengeschädigter in Deutschland e.V. im Einsatz für die letzten Opfer des kalten Krieges.



Foto: privat

te. Dietmar Glaner, Jahrgang 1947, ist heute Vorsitzender des Bundes zur Unterstützung Radarstrahlengeschädigter. Er hat den Verein vor 20 Jahren in Berlin mitgegründet. Der Deutsche Bundeswehrverband war dabei, ebenso mehrere Bundestagsabgeordnete, unter ihnen der spätere Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels (SPD).

Damals hatte der Sozialdemokrat Rudolf Scharping das Kommando im Bundesverteidigungsministerium. Schnell und unbürokratisch wollte man helfen, kündigte der Minister an. Heute ahnt man, wie Scharping das gemeint haben könnte. „Denn von den bisher insgesamt circa 5600 gestellten Entschädigungsanträgen von Soldaten und Zivilbeschäftigten aus dem Bereich der Bundeswehr und der ehemaligen Nationalen Volksarmee (NVA) sind bis heute nur circa 890 Anträge positiv beschieden worden“, rechnet der Vereinsvorsitzende Dietmar Glaner vor. Die meisten der geschädigten Soldaten, die in der Bundeswehr und in

der Nationalen Volksarmee unter Lebensgefahr dienten, den tödlichen Strahlen ihrer Radargeräte schutzlos ausgeliefert, wissen, dass Scharpings Versprechen weitestgehend leer war.

Hunderte sind gestorben, bevor eine Anerkennung als Wehrdienstbeschädigter oder eine Entschädigung sie erreichte. Noch immer – allen Expertisen wissenschaftlicher Experten zum Trotz – gibt es Schreiben von den zuständigen Behörden, die Dietmar Glaner erschüttert zurücklassen. So heißt es in einem Gutachten, das die Unfallversicherung Bund und Bahn (UVB) im Schadenersatzprozess eines früheren Radartechnikers erstellen lässt, am Ende lapidar: „Gegenwärtig lässt sich kein ursächlicher Zusammenhang zwischen berufsbedingten Expositionen und der Entstehung von Hodenkarzinomen wissenschaftlich begründen.“

Ein tiefer Schlag für alle, die wissen, dass ihre Lebenszeit in Kürze abläuft

Schreiben und Gutachten wie dieses sind immer wieder ein tiefer Schlag in die Magen-grube derer, die seit Jahren – teilweise seit Jahrzehnten – auf ihre Anerkennung als Wehrdienstbeschädigter und Entschädigung warten. „Der Verdacht, dass man im Verteidigungsministerium und bei anderen beteiligten Behörden auf die biologische Lösung hofft, mit der sich das ‚Problem‘ von selbst erledigt, weil niemand der Betroffenen ist absehbarer Zeit mehr leben wird, ist nicht unbegründet, wenn man die Zahl der tatsächlich Anerkannten und Entschädigten betrachtet“, sagt Vereinsvorsitzender Dietmar Glaner. „Uns läuft die Zeit davon, das ist keine Frage.“

Glaners eigene Geschichte ist ein Beispiel dafür, wie heimtückisch die Strah-

Ein Unteroffizier in den 1960er Jahren an der Raketenschule der Luftwaffe in Fort Bliss/Texas: Der Techniker arbeitet an der Steuerungseinheit des Radargerätes für das System „Nike Hercules“.

Von Frank Jungbluth

Was ist das Leben eines Soldaten wert? Kann man die Fürsorgepflicht des Bundesrepublik in Mark und Pfennig, Euro und Cent bemessen? Fragen, die Dietmar Glaner verfolgen, seit er vor 31 Jahren nach 23 Jahren im Dienst der Luftwaffe bemerkte, dass sich irgendetwas in seinem Körper verändert hat. Seine linke Hand begann zu schmerzen, als der damalige Stabsfeldwebel in seinem Haus renovier-



Foto: picture alliance

Dietmar Glaner, Oberstabsfeldwebel a.D., ist heute 73 Jahre alt. Vor 20 Jahren, im April 2001, gründete er mit seinen Mitstreitern in Berlin den Bund zur Unterstützung Radarstrahlengeschädigter Deutschland e.V. Für sein Engagement hat man ihm 2019 das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Foto: Matthias Jung/Jungfoto



len wirken, und vor allem dafür, dass man erst Jahre oder Jahrzehnte später mit den Folgen für die eigene Gesundheit konfrontiert wird. Nicht selten kam die Diagnose zu spät und war das Todesurteil, Dietmar Glaners Leidensgeschichte fing 1990 mit Schmerzen in der linken Hand an. „Ich dachte erst, das ist eine Sehnenscheidenentzündung“, sagt der heute 73-jährige Oberstabsfeldwebel a.D. Aber der Schmerz wird immer schlimmer, immer bohrender. Dietmar Glaner lässt sich im Sanitätszentrum untersuchen. Er arbeitet damals bei der Luftwaffe in Köln-Wahn, ist hochspezialisiert, ein Unteroffizier mit Portepée und Fachwissen, wie man sie heute zu Tausenden bei der Truppe verzweifelt sucht. Dietmar Glaner hat seinen Dienst immer als Verpflichtung angesehen, wie viele seiner Generation, für die der Soldatenberuf immer sehr viel mehr als nur ein Job war.

1990 finden die behandelnden Ärzte im Sanitätszentrum einen Knochentumor, einen der üblen Sorte. Schnell und hochaggressiv. Er wird im September 1990 entfernt, Diet-

mar Glaner und auch die Operateure hoffen, dass sie den Krebs besiegt haben, aber die Ergebnisse der Nachkontrolle Monate später alarmieren die Ärzte. Der Krebs hat die Mittelhand aufgeessen, Gewebe und Knochen sind zerstört. „Da hilft auch keine Bestrahlung mehr“, attestieren die Mediziner Dietmar Glaner. Es folgt eine zweite Operation, man bildet den Daumen der linken Hand nach. Dietmar Glaner ist damals ein Mann in den besten Jahren, wie man so schön sagt, er ist 42 Jahre jung.

Verdacht, dass es am Radar liegt, wird erstmals laut ausgesprochen

Noch drei Monate später in Glaners Schicksalsjahr 1990 aber wird klar, dass die Hand und ein Teil des Unterarmes nicht mehr zu retten sein wird, die Ärzte amputieren. „Ich habe mit dem Eingriff gewartet, bis der achte Geburtstag meiner Tochter vorbei war“, sagt Dietmar Glaner. Der Verdacht, dass das alles mit seiner Arbeit am Radar des Starfighters zu tun haben könnte, wird erstmals laut ausgesprochen.

An Arbeitsplätzen, wie Glaner einen hatte in den 1960er und 1970er Jahren, bei der Wartung der Systeme des Starfighters F-104 haben schon vor Jahrzehnten Experten „gigantische Werte“ gemessen, wie es heißt. Zum „Beschuss“ auf die Techniker bei Luftwaffe und Marine mit Röntgen-

Strahlen aus den alten Senderröhren wie Magnetron und Thyatron kam noch die Hochfrequenzstrahlung aus den Antennen.

Glaner sagt, er sei damals nach der Amputation in ein Loch gefallen. Was soll einer mit nur noch einer einsatzfähigen Hand bei der Bundeswehr? Dietmar Glaner ist Spezialist, Techniker, der sich mit vielen Flugzeugmustern der Luftwaffe auskennt. Wozu soll man einen wie ihn noch gebrauchen?

Nach der Operation aber schöpft er neuen Lebensmut. Günter Oltrogge, damals stellvertretender Vorsitzender Luftwaffe im Deutschen Bundeswehrverband steht an seinem Krankenbett und sichert ihm die kameradschaftliche Hilfe des DBwV zu. Eine Hilfe, deren segensreiches Wirken Dietmar Glaner und viele andere radarstrahlengeschädigte Soldaten seitdem erfahren haben. Der Verband wird eine laute Stimme beim Ruf nach schneller und unbürokratischer Hilfe für die Betroffenen und ihre Hinterbliebenen. Damit es nicht vielen so gehen soll, wie der Witwe eines ehemaligen Soldaten, der für die Luftwaffe am Flugabwehrsystem „Hawk“ seinen Dienst getan hat. Er streitet seit 1983 für eine Anerkennung als Wehrdienstbeschädigter. Man muss sagen, dass es inzwischen seine Ehefrau ist, die diesen Kampf führt, der Soldat ist tot. Der Krebs als Folge seiner jahrelangen Arbeit am Radar der Abwehrraketen hat ihn umgebracht.

Man kann sich das Wegdenken oder Schönreden, aber am Ende bleibt der Verlust einer Hand am Körper des Menschen und Sol-



Der Starfighter F-104 war in den 1960er Jahren der Stolz der Bundesluftwaffe. Dietmar Glaner arbeitete als Techniker am Radargerät in der Nase des Flugzeuges.



Die gefürchteten Radarkeulen, die Soldaten trafen, die den Luftraum überwachten oder Wartungsarbeiten an den Geräten ausführten. Die Soldaten überhitzten im Wortsinn.

„Man muss hier von beträchtlicher Röntgenstrahlung für die Soldaten ausgehen, die auch das Eiweiß zersetzen kann.“

Aus einem Bericht für das BMVg 1960

daten Dietmar Glaner, das Fehlen seines linken Unterarmes, der Gedanke daran, was geworden wäre, wenn er sich nicht am 3. Januar 1967 vor 54 Jahren für den Dienst bei der Luftwaffe entschieden hätte. Immerhin, sein Vorgesetzter in Köln streitet für Dietmar Glaner. Er kann im Dienst bleiben, mit einer Sondergenehmigung. Der Berufssoldat bleibt bis 2011, die letzten zehn Jahre als Reserveleistungstender, bei der Truppe. „Ich habe der Bundeswehr viel zu verdanken und bin nicht im Groll gegangen.“ Sein Antrag auf Wehrbeschädigung wird schnell und positiv entschieden. Das war 1991. Jahre später wird in Fernsehbeiträgen über das Schicksal tausender Soldaten berichtet, Gutachter werden beauftragt, die Gerichte sind beschäftigt und da ist dann noch das Versprechen von Verteidigungsminister Scharping, auf dessen Einlösung so viele schon so lange warten.

Dabei ist der 73-jährige Sozialdemokrat

Scharping, der als Jurist um die schwierige Rechtslage weiß, persönlich betroffen. Eines der Opfer der tödlichen Radarstrahlen ist sein früherer Sportfreund Dirk Diedrich. Der Hauptmann der Reserve diente in einer „Nike“-Batterie. Der Hauptmann der Reserve war wie Scharping passionierter Radfahrer. Er war in Scharpings Partei, der SPD eng verbunden, war Ortsvereinsvorsitzender in Trier-Pfalzel. Er starb 1993 an einem Hirntumor als Folge der tödlichen Röntgenstrahlen, denen er im Dienst ausgesetzt war.

Seit Jahrzehnten, lange bevor sich die ersten Geschädigten meldeten, und die Folgen für ihre Gesundheit diagnostiziert waren, wusste man bei der Bundeswehr um die lautlose Gefahr vom Radar. 1958 meldete zum Beispiel schon das fernmeldetechnische Zentralamt „beträchtliche Röntgenstrahlung“ bei einer Untersuchung an einer Thyratronröhre in der Luftwaffenschule 1 in Kaufbeuren. Montage- und Einstellarbeiten seien gefährlich, schrieben die Fachleute in ihren Bericht. Ihre Empfehlung: Die Soldaten sollten bei Arbeiten an den Anlagen Bleihandschuhe tragen. Die wurden aber erst viel später geliefert. Aus dem Jahr 1960 ist ein Vermerk aus dem Verteidigungsministerium überliefert, in dem von der Schädigung von Blutgefäßen, von einer möglichen Zersetzung des Eiweißes von Auswirkungen auf das vegetative Nervensystem die Rede ist, wenn man die Strahlenbelastung betrachte. In der Folge wurde die „Zentrale Dienstvorschrift 44/20“ zur Arbeit an Radargeräten verschärft, es wurden Abschirmungen eingebaut. Aber die Maßnahmen griffen zu kurz. Man solle sich

als Soldat nicht so haben, es herrsche Krieg, sei der Tenor in den 1960er und 1970er Jahren gewesen. „Man hat uns nicht gewarnt, man hat uns nicht belehrt, man hat uns einfach verbraten“, klagte der frühere Soldat Heinz Dankenbring aus Kaufbeuren vor 20 Jahren, als sich das Magazin „Stern“ des Themas der Radarstrahlengeschädigten ausführlich annahm.

Seit der Gründung des Bundes zur Unterstützung Radarstrahlenbeschädigter, dem Dietmar Glaner heute vorsteht, hat sich einiges geändert, aber nicht genug. Glaner hat mit seinen Mitstreitern Forderungen aufgeschrieben, „die schnell umgesetzt werden müssen, wenn wir noch etwas erreichen wollen“, wie er sagt. Es geht dabei um die Beweiserleichterung für Geschädigte in Verfahren zur Anerkennung einer Wehrdienstbeschädigung. Es geht um die Einrichtung eines Runden Tisches, den die Wehrbeauftragte Eva Högl moderieren möge, und es geht um die Gleichbehandlung Radarstrahlengeschädigter, die früher in der Bundeswehr oder der NVA gedient haben. Bei der ostdeutschen Armee waren die Belastungen noch dramatischer, war das Schweigen noch deutlicher, weil auch die Staatssicherheit verhinderte, dass die geheime Technik der Waffenbrüder von der Roten Armee und ihre tödliche Wirkung öffentlich diskutiert werden konnte.

Ingo Gädechens (60, CDU), Bundestagsabgeordneter in der Unions-Fraktion seit 2009, hat 37 Jahre in der Bundeswehr gedient. Er war Unteroffizier mit Portepée, zuletzt Stabsbootsmann. Gädechens kennt das Schicksal Radarstrahlengeschädigter aus eigener Erfahrung. Er war Leiter der Marineortungsstelle Staberhuk auf Fehmarn. Er ist Obmann seiner Fraktion im Verteidigungsausschuss und Berichterstatter für die Fragen der Radarstrahlen-

geschädigten. Er sagt: „Als ich im Jahre 2009 als Berufssoldat aus dem aktiven Dienst in den Deutschen Bundestag gewählt und schließlich ordentliches Mitglied im Verteidigungsausschuss wurde, stand das Thema Radarstrahlenopfer von Anbeginn auf meiner Agenda. Als Angehöriger der Marine und ehemaliger Dienststellenleiter einer Marineradarstation gab es mehrere persönliche Begegnungen mit Betroffenen, deren Leid und Leidensweg ich kannte. Besonders steinig erwies sich der Weg, den die Kameraden gehen mussten, um überhaupt eine Wehrdienstbeschädigung anerkannt zu bekommen. Damals lag die Beweislast beim Antragsteller und auch Gerichte – selbst wenn sie wollten – konnten Wehrdienstbeschädigungen nicht anerkennen, weil Nachweise über Gefahren, denen die Soldaten seinerzeit ausgesetzt waren, in der Dokumentation nicht erbracht werden konnten. Hinzu kommt, dass gerichtliche Verfahren viel Zeit in Anspruch nahmen, sodass der Rechtsweg für die Betroffenen sehr oft eine zusätzliche Belastung darstellte.“

Mit dem damaligen Parlamentarischen Staatssekretär im BMVg, Thomas Kossendey, habe er von der ersten Stunde an einen fachkundigen Mitstreiter gehabt, der geholfen habe, viele Dinge zu regeln und bürokratische Hürden zu beseitigen, damit den geschädigten Soldaten endlich Recht widerfahren konnte. „Dabei wurden sowohl die Radarstrahlenopfer der ehemaligen NVA als auch die der Bundeswehr betrachtet“, wie Gädechens sagt.

Wie sein Mitstreiter Karl-Heinz Brunner von der SPD (siehe Seite 9) weiß der Christdemokrat: „Leider wird das Schadenspotential einer Tätigkeit häufig erst im Rückblick erkannt. Das bedeutet dann, dass der Nachweis später schwierig zu erbringen ist. Für das Ministerium und die Bundeswehr insgesamt bedeutet dies, dass man schneller und flexibler auf neue Erkenntnisse reagieren muss. Neben dem eigentlichen Verfahren um eine Wehrdienstbeschädigung anerkannt zu

Ingo Gädechens (60, CDU) war selbst viele Jahre bei einer Radareinheit der Marine. Der Berichterstatter im Verteidigungsausschuss setzt sich seit Jahren für Radarstrahlengeschädigte ein.



Foto: picturealliance/KappelerIdpa

bekommen, müsste es für besondere Fälle einen Anlaufpunkt geben, damit schnell Hilfe geleistet werden kann. Auch bei allen Bemühungen mit einer Stiftung zusätzliche Hilfe zu leisten, sollte der Dienstherr in seiner Fürsorgepflicht an erster Stelle stehen. Der Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten sowie zivilen Mitarbeiter muss in allen Bereichen gewährleistet sein. Schließlich kann ein Mehr an Prävention nicht nur gesundheitliche Schäden, sondern auch belastende Verfahren im Nachhinein verhindern.“

Gädechens zieht Bilanz: „Insgesamt beobachte ich seit meiner Zeit als aktiver Soldat und erst recht nach meinem Einzug in den Bundestag erkennbare Fortschritte. Wie auch im zivilen Bereich hat eine starke Sensibilisierung eingesetzt und arbeitsschutzrechtliche Maßnahmen werden auf allen Führungsebenen selbstverständlich mitgedacht. Das stimmt mich zuversichtlich, dass künftig die Zahl der nachträglich zu unterstützenden Härtefälle noch weiter zurückgehen wird.“

Gädechens weiß, wie steinig der Weg war und dass er nur überparteilich zu schaffen

ist. „Auch der ehemalige haushaltspolitische Sprecher der FDP-Fraktion Jürgen Koppelin half den Weg zu ebnen und schaffte den ersten finanziellen Rahmen, um mit der Deutschen Härtefallstiftung ein Gremium zu bilden, das tatsächlich unbürokratische Hilfe leisten konnte. Mit Oberst a.D. Gertz bekam die Stiftung einen Vorsitzenden, der aus seiner profunden Erfahrung beim Deutschen Bundeswehrverband viel Erfahrung und eine satzungskonforme Struktur in den Aufbau einbrachte. Die Stiftungsratsvorsitzende Sabine Bastek bildet dabei die Verbindung ins Ministerium und der Generalinspekteur Eberhard Zorn unterstreicht mit seiner Schirmherrschaft die Bedeutung der Stiftung.“

Klar ist auch: „Die Antragsentwicklung nach Fallgruppen zeigt, dass die Anzahl der Radarstrahlenopfer – auch aufgrund der Demographie – immer geringer, die der PTBS-Geschädigten oder Kameradinnen und Kameraden bei sonstigen Gesundheitsschäden immer größer wird. Die eigentliche ‚Zielgruppe‘ der Radarstrahlengeschädigten macht bei den zuletzt beschlossenen Anträgen noch zehn Prozent aus. Zum Vergleich war dies im Jahr 2015 noch bei rund der Hälfte der Fall“, so Ingo Gädechens.

Eine Radarstation in der früheren Raketen- schule der Luft- waffe in Fort Bliss in El Paso/ Texas. Dort wurden Tausende Soldaten ausgebildet und der Strahlung ausgesetzt.

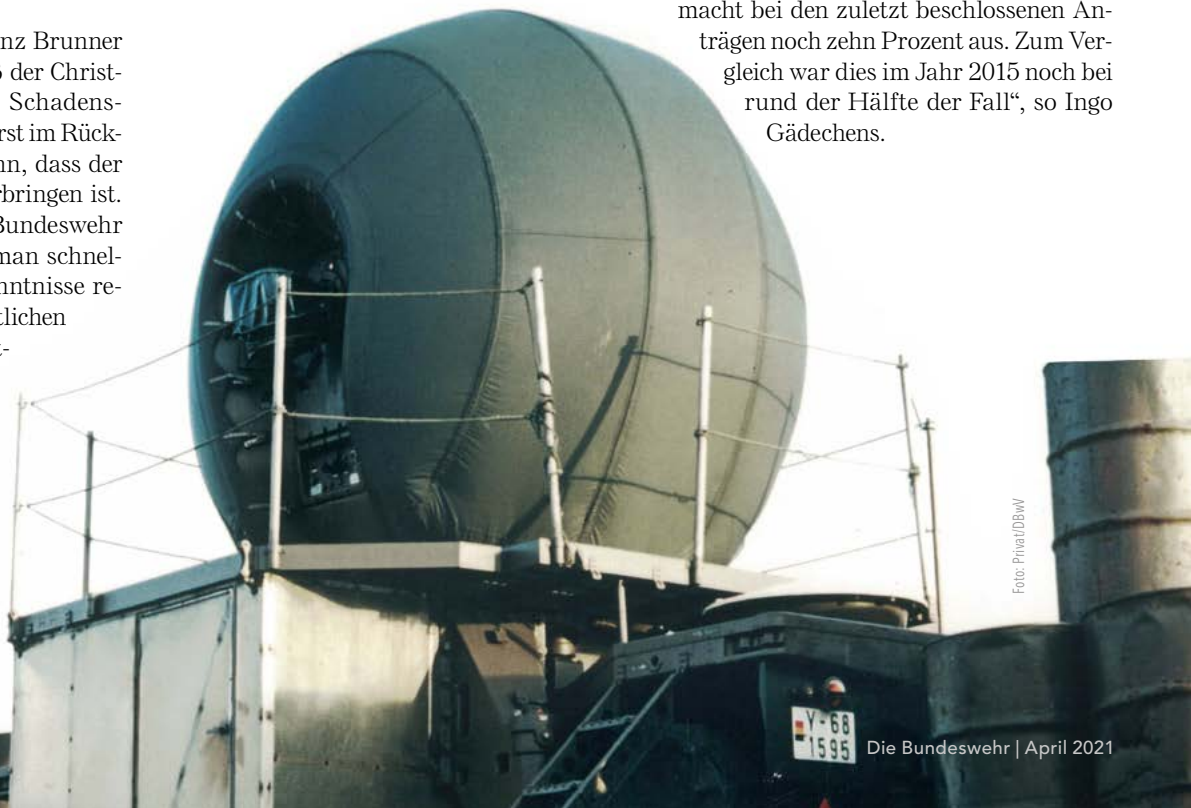


Foto: Privat/DBW